

Rolf-Henning Hintze

Ein Zimmer, ein Brot

STANDORT WINDHOEK ■ Auch in Namibia funktioniert die Erpressung durch Investoren – das Beispiel einer Textilfabrik

Namibias Regierung war ungeheuer stolz auf ihren Erfolg: Es war ihr gelungen, einen malaysischen Großinvestor ins Land zu holen, der eine Textilfabrik mit bis zu 10.000 Arbeitsplätzen betreiben wollte. Südafrika und Mauritius, die ebenfalls um die Fabrik konkurrierten, zogen in der Schlussphase den Kürzeren. Seit zwei Jahren läuft nun die neue Fabrik mit dem Namen Ramatex am Rande der Hauptstadt Windhoek, und tatsächlich beschäftigt sie auch etwa 7.500 namibische Arbeitskräfte, dazu noch einige Hundert aus China und von den Philippinen. In einer Stadt, deren Arbeitslosigkeit fast 40 Prozent beträgt, sieht das nach einem großen Erfolg aus. Beim näheren Hinsehen tauchen allerdings Zweifel auf.

Nach 13 Jahren Unabhängigkeit signalisieren die Löhne der Ramatex-ArbeiterInnen nicht gesellschaftlichen Fortschritt, sondern erinnern eher an frühindustriellen Kapitalismus in Europa. „Wir arbeiten jeden Tag, vom ersten Tag des Monats bis zum letzten. Wenn du werktags keine Überstunden machst, erlauben sie dir nicht, Überstunden am Wochenende zu machen. Weil sie wissen, dass man nur mit Überstunden ein bisschen Geld verdienen kann.“ So beschreibt eine Ramatex-Arbeiterin die Situation.

Das Zitat stammt aus einer Untersuchung über die Arbeitsbedingungen bei Ramatex, die ein kleines gewerkschaftsnahes Forschungsinstitut in Namibia, das Labour Resources and Research Institute (LaRRI), in einer kleinen Broschüre veröffentlicht hat. Sie liest sich wie eine Kriminalgeschichte. Einer der beiden Autoren ist der aus Baden-Württemberg stammende ehemalige Lehrer Herbert Jauch. Der 45-Jährige mit schwäbischem Dialekt arbeitet seit 16 Jahren in Namibia und hat inzwischen die namibische Staatsbürgerschaft angenommen. Er leitet das kleine Institut im schwarzen Stadtteil Katutura.

Die Löhne und Arbeitsbedingungen bei Ramatex sind so extrem, dass ein südafrikanischer Unternehmer, falls er es wagen würde, sie heute in Namibia anzubieten, wohl als verbohrteter Apostel der Apartheid gelten würde. Die Arbeiterinnen bei Ramatex, fast durchweg junge Frauen unter 25, erhalten in der manchmal sechs Monate langen Anlernphase einen Stundenlohn von 1,50 Namibia-Dollar (20 Cent)). Aber auch, wenn sie nach dieser Phase einen regulären Arbeitsvertrag erhalten, ist ihr Stundenlohn extrem niedrig. Sie bekommen pro Stunde drei Namibia-Dollar, bei 50 Arbeitsstunden pro Woche kämen sie damit auf einen Monatslohn von etwa 80 Euro (600 Namibia-Dollar). „Davon könnten sie gerade die Miete für ein Zimmer bezahlen und pro Tag ein Brot kaufen,“ schätzt Herbert Jauch.

Faktisch haben die Ramatex-Arbeiterinnen ein geringeres Einkommen als die Landarbeiter, die traditionell am niedrigsten bezahlten Arbeitskräfte. Der Mindestlohn für Landarbeiter wurde vor über einem Jahr auf 429 Namibia-Dollar festgesetzt. Weil aber kostenlose Unterkunft und die zugeteilten Milch- und Fleischrationen hinzugerechnet werden müssen, sind sie finanziell dennoch besser dran. Auf einen anderen Aspekt weist Nora Schimming-Chase, die frühere Botschafterin in Bonn und heutige Fraktionsvorsitzende der oppositionellen Kongressdemokraten (CoD) hin. Wer heute in Namibia eine Arbeit habe, sei nicht nur für sich allein, sondern für die größere Familie mitverantwortlich. Sie nennt die Löhne bei Ramatex „eine Unverschämtheit, die zum Himmel schreit.“

Immer wenn es Kritik an Ramatex gab, stellten sich der damalige Wirtschaftsminister Hidipo Hamutenya, heute Außenminister, und manchmal sogar Staatspräsident Sam Nujoma schüt-

zend vor das malaysische Unternehmen. Begünstigte Zonen für die Exportproduktion zu schaffen, ist das erklärte Ziel der Regierung, die sich nicht scheut, das namibische Arbeitsgesetz, das zwei Jahre nach der Unabhängigkeit eingeführt worden war, in den „Exportzonen“ zeitweilig außer Kraft zu setzen. Dies sei erforderlich, erklärte Präsident Nujoma, um Investoren die Furcht vor „möglichen Arbeitsunruhen“ zu nehmen. Das „höhere Ziel der Schaffung neuer Arbeitsplätze“ rechtfertige die Einschränkung der Arbeitsrechte. Auf der anderen Seite gibt es kräftige Beihilfen für Investoren. So wurden im Fall Ramatex 100 Millionen Namibia-Dollar für die Erschließung des Fabrikstandorts bereitgestellt. Das ausgedehnte Gelände kann die Firma 99 Jahre lang steuerfrei nutzen, und zusätzlich sind die Wasser- und Elektrizitätspreise subventioniert. Gewinne aus den Exportzonen dürfen ohnehin steuerfrei transferiert werden.

Trotz dieser großzügigen Unterstützung wäre die Investition nicht zustande gekommen, wenn es nicht handelspolitischen Rückenwind gegeben hätte. Der vom US-Kongress beschlossene „Africa Growth and Opportunity Act“ ermöglicht bestimmten afrikanischen Ländern einen steuerfreien Export in die USA. Ramatex hätte diesen Vorteil nicht, wenn es von Malaysia aus in die USA exportieren würde. Mittlerweile warnt das Unternehmen schon, dass man, falls das US-Gesetz auslaufen sollte, den Standort Namibia zu überdenken hätte. Das Land müsse dann noch bessere Bedingungen bieten, um den Produktionsstandort zu behalten.

Allgemeine Zeitung

Älteste Tageszeitung Namibias

10.08.2006

Arbeit im Wandel

Haben sich die Gewerkschaften vom Establishment über den Tisch ziehen lassen? Treten sie überhaupt noch für die Interessen ihrer Mitglieder ein?

Der Arbeitsexperte Herbert Jauch hat vergangene Woche das Seziermesser angelegt und Schwächen und Widersprüche der Arbeiterverbände aufgedeckt (AZ, 3. August 2006). Zum Einstieg benutzte er ein Gewerkschafts-Kampfplakat von Ende der achtziger Jahre, kurz vor der international überwachten Interimsphase Namibias, als die Exil-SWAPO die Gewerkschaften als Frontorganisationen benutzte, weil die Struktur der Partei im Lande selbst kaum funktionsfähig war. Obwohl die SWAPO niemals verboten war, konnte sie sich wegen strenger Sicherheitsüberwachung und der häufigen Verhaftung ihrer Führer im Inland kaum entfalten. Der südafrikanische Sicherheitsapparat hat sich in der Abwehr gegen Terror-Anschläge, die oft gegen zivile Ziele gerichtet waren, und im Grenzkrieg wenig Mühe gegeben, zwischen „guten“ und „schlechten“ SWAPO-Anhängern zu unterscheiden. Umgekehrt hat die SWAPO ebenfalls nicht lange zwischen politischen Schattierungen zu differenzieren versucht. Entweder war jemand bei der Bewegung oder er war ihr Feind. Neutralität haben die Genossen weder gekannt noch anerkannt. Aus der Zeit leiten die Organisationen des Dachverbands NUNW ihre Gefolgschaftstreue zur SWAPO ab und übernehmen damit die jetzigen Partei-internen Spannungen zwischen den diversen Fraktionen von Altpräsident Nujoma bis zum Exaußenminister Hamutenya.

Die Gewerkschaftsführer jener Zeit, John Shaetonhodi, Bernhard Esau, Peter Ilonga, Ben U-lenga, um nur einige zu nennen, sind längst in den Ministerrang oder in die Chefetage (etwa TransNamib) vorgerückt, also vom „Establishment geschluckt“, wie die '68-er (deutsche) Studentenrevolte das Erlahmen der Sozialrevoluzzer durch materiellen Wohlstand gern genannt hat. Auch in Namibia ist die Entwicklung zu bemerken, dass frühere „Kampfgenossen

der Arbeiterklasse“ sich jetzt im Chefsessel räkeln und nun Unternehmerinteressen vertreten, derweil sie ihre Herkunft geflissentlich vergessen.

Nach der politischen Kampf-Phase kurz vor der Unabhängigkeit folgte in den ersten Jahren danach zunächst die militante Anarchie-Epoche der Gewerkschaften, als sie die Tsumeb-Mine gewaltsam zum Stillstand brachten, Tierkörper bei Meatco zu Kadavern verrotten ließen und überhaupt über 70 % ihrer Streiks illegal waren. Jauch hat sich nun der jüngsten, der opportunistischen Anpassungsphase zugewandt, da die Gewerkschaften zwar noch gegen den einen oder anderen (weißen) Arbeitgeber vorgehen, aber in den großen Fragen wie etwa bei der schamlosen Ausbeutung der Namibier durch Ramatex vor der Regierung, sprich SWAPO, kuscheln.

In der Debatte um die Gewerkschaften vermissen wir die Orientierung am nationalen Gemeinnutz. Das ersehnte und verantwortliche Bündnis zwischen Gewerkschaft, Unternehmer und Staat kommt nur sporadisch und punktuell zustande.

DW-WORLD.DE
DEUTSCHE WELLE

06.12.2006

Konflikte

Konflikte am Arbeitsplatz – Streikkultur in Namibia

Der Arbeitgeber blieb hart. Jacobus, 55jähriger Vater 7 schulpflichtiger Kinder, wurde nach 22 Jahren Dienst gefeuert, weil er am Unabhängigkeitstag auf den gesetzlich vorgeschriebenen halben Tag Urlaub bestanden hatte.



Streik ist ein Grundrecht in Namibia

Nun lebt Jacobus mit seiner gesamten Familie in einem kleinen Zimmer im Township Katutura – in einem baufälligen Häuschen ohne Strom, ohne fließend Wasser und ohne Perspektive. Um zu überleben, ist er auf die Hilfe von Freunden und Verwandten angewiesen. Seine einzige Hoffnung: Irgendwann wieder Arbeit zu finden.

Streik – Entlassung – Arbeitslosigkeit

Das Schicksal von Jacobus ist kein Einzelfall. Konflikte am Arbeitsplatz werden in Namibia oft drakonisch entschieden – meist zu Lasten des Arbeitnehmers. Streiks sind da das einzige Ventil für die Unzufriedenheit. Fast sämtliche Arbeitsbereiche wurden in Namibia schon bestreikt – von der Landwirtschaft und Fischindustrie bis hin zum Gesundheitswesen und Erziehungsbereich. Und obwohl sie wissen, dass sie danach fast immer auf der Straße landen, gehen die Menschen für ihre Rechte auf die Straße. Selbst bei einer Arbeitslosenquote von 40 Prozent.

Streiken hat Tradition

Die Streikkultur ist in der Geschichte Namibia verankert. Mancher Arbeitskampf wurde blutig ausgefochten. Der bislang größte Streik ereignete sich 1971 während des Apartheid-Regimes. Rund 20.000 Namibier protestierten gegen die Ausbeutung der Wanderarbeiter. Der Streik wurde gewaltsam niedergeschlagen, die Streikenden in Konzentrationslager gebracht. Trotzdem erreichten die Arbeiter Teilerfolge: Kleine Verbesserungen beim Gehalt und bei den Arbeitsbedingungen. Die Apartheid gehört längst der Vergangenheit an. Aber die heutigen Streiks haben immer noch mit dem Kampf gegen das unterdrückende System zu tun.

Streik: eine loose-loose-Situation

Die Anzahl und Dauer von Streiks beeinflusst natürlich auch die Gesamtwirtschaft des Landes. Und die ist durch die hohe Arbeitslosenrate ohnehin schon angeschlagen. Denn oft führen die Konflikte zu einer loose-loose-Situation, einer Situation, bei der alle betroffenen Parteien verlieren. Die Arbeiter werden in der Zeit nicht bezahlt und die Arbeitgeber machen Verluste. Das ganze Land verliert. Wege aus dem Teufelskreis aus Streik und Arbeitslosigkeit zu finden – das ist in Namibia mittlerweile Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein Anliegen.

DER TAGESSPIEGEL 30.04.2008

Tag der Arbeit

🌐 Die moderne Internationale

Gewerkschaften lernen von der freien Wirtschaft und schließen sich zu globalen Netzwerken zusammen. Ihre Schlagkraft demonstrieren sie mit Kettenstreiks.

BERLIN – Der gefragteste Mann der Stadt war nicht zu sprechen, er musste die Welt retten. Der BVG-Streik im März war keine 48 Stunden alt, und Millionen Berliner wollten von ihm wissen, wie es jetzt weitergeht, wie lange man ohne Bus, Bahn und Tram zur Arbeit kommen sollte. Aber Verdi-Streikführer Frank Bäsler fuhr nach Dahlem, zur iranischen Botschaft. Dort traf er sich mit 60 Mitstreitern vor dem Tor, griff zum Megafon und rief: „Freiheit für Mansour Osanloo!“

Dieser in Berlin fast unbekannt Mann sitzt im Evin-Gefängnis in Teheran ein. Die iranische Justiz wirft ihm „Aktivitäten gegen die Staatssicherheit“ vor. Osanloo hatte 2005 als Führer der nicht anerkannten Gewerkschaft einer Busgesellschaft einen Streik angezettelt. Für den 6. März rief die Internationale Transport Föderation (ITF), der Dachverband von 653 Gewerkschaften aus 148 Ländern, zum Aktionstag für Osanloo auf. Von Sidney über Seoul bis Toronto bezogen Kollegen vor iranischen Einrichtungen Stellung. Und jetzt, zweieinhalb Monate später, darf Osanloo immerhin seine Familie besuchen und sich einer Augen-OP unterziehen lassen. Internationale Solidarität im Jahr 2008, Alltag jenseits aller roten Folklore zum

Tag der Arbeit, der in vielen Ländern am 1. Mai begangen wird: Ist die Gewerkschaftsbewegung, die mit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert begann, gewappnet für das 21. Jahrhundert? Geben Trillerpfeifen und Megafon Antworten auf aktuelle Fragen: Warum lösen Börsenspekulanten Hungerkrisen aus und warum brauchen immer mehr Bürger auch politisch stabiler Demokratien zwei und mehr Jobs, um durchzukommen?

„Die Gewerkschaften sind heute deutlich stärker aufgestellt als vor zehn oder 20 Jahren“, sagt Michael Fichter vom Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der FU-Berlin. „Zwar können sie die Globalisierung nicht wirklich beherrschen, aber in ihnen wächst das Bewusstsein, für internationale Zusammenarbeit – gerade auch mit anderen Nichtregierungsorganisationen“, sagt Fichter.

Konzerne wie das englisch-australische Abbauunternehmen Rio Tinto, verheddern sich immer mehr in solchen Arbeiternetzwerken – weil Gewerkschaften voneinander lernen: **So bestreikten Minenarbeiter aus Namibia im Januar 2006 eine Uran-Mine**, im August des Jahres legten chilenische Bergleute die größte Kupfermine der Welt für 30 Tage lahm – was negative Auswirkungen auf den Aktienkurs der Gruppe hatte. Dann streikten 6.000 Arbeiter einer Goldmine in Indonesien, dann kanadische Bergleute und im Februar 2007 Tinto-Arbeiter einer Nickel-Mine in Kolumbien.

Solche Kettenstreiks demonstrieren die Schlagkraft der global organisierten Verbände. Doch im Kern geht es noch immer um das gleiche Thema: Egal ob aktuell bei der BVG in Berlin oder der Renault-Tochter Dacia in Rumänien – bessere Löhne stehen immer ganz oben auf der Liste. Wie schon im 19. Jahrhundert. Doch darüberhinaus arbeiten Gewerkschaften auf neuen Handlungsfeldern.

Wolfgang Lutterbach, Bereichsleiter für internationale Gewerkschaftspolitik beim DGB, beschäftigte sich eher nicht mit Tarifen. Dieser Tage hat er den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm ausgewertet und festgestellt: „Wir waren richtig gut.“ Der DGB hatte im Vorfeld des Gipfels auf allen Ebenen der Bundesregierung seine Themen näher gebracht – wozu der Verband von der Kanzlerin allerdings auch herzlich eingeladen wurde. Das weiß Lutterbach zu schätzen.

Am Ende kamen zentrale Forderungen der Gewerkschaften in das G8-Abschlusspapier: Etwa, dass soziale Standards in bilaterale Handelsabkommen aufgenommen werden. „Klar, Papier ist geduldig“, räumt Lutterbach ein. „Gerade darum ist es so wichtig, dass wir auf den Gipfeln in Japan 2008 und Italien 2009 darauf achten, dass die Politiker nicht hinter einmal gemachte Zusagen zurückfallen.“ Lutterbach hielt neulich in Japan auf einem Kongress des Gewerkschaftsverbandes einen Vortrag. Er gab Tipps, wie sich auch die Kollegen in Nippon Gehör bei ihren Politikern verschaffen könnten. Da geht es um zähe Diplomatie.

Leidenschaftlich werden viele Gewerkschafter, wenn es wirklich um Leben oder Tod geht. Dann lassen sie auch mal alles stehen und liegen, wie Berlins Verdi-Streikführer Bäsler. Lutterbach legt die Stirn in Falten, wenn er von ermordeten Gewerkschaftern in Kolumbien spricht. Und er lacht stolz über diese Geschichte aus Südafrika: Dort verhinderten organisierte Hafentarbeiter in Durban vor gut zwei Wochen, dass ein chinesischer Frachter seine 77 Tonnen Waffen und Munition für Simbabwe entladen konnte, wo Robert Mugabe um seine Macht kämpft. Binnen Tagen war die „An Yue Jiang“ in allen Häfen der Region bekannt und musste schließlich umkehren. „Das war wirklich stark“, freut sich Lutterbach.

(Erschienen im gedruckten Tagesspiegel vom 30.04.2008)

Namibia

Geld für eine zweite Mahlzeit

VON SUSANNE GÖTZE



Mit dem Grundeinkommen sollen die Bewohner eigene kleine Firmen aufbauen können. (Bild: dpa)

Ein Grundeinkommen für alle, unabhängig von Bedürftigkeit und Arbeitsbereitschaft – was in Deutschland selbst innerhalb der Parteien kontrovers diskutiert wird, erproben afrikanische Länder bereits. Beispiel Namibia: Der Staat gilt als einer der reicheren des Kontinents. Aber die Einkommensungleichheit ist enorm. Seit Januar bekommen die Einwohner der Gemeinde Omitara in der Wüste Namib jeden Monat 100 namibische Dollar (achteinhalf Euro) auf dem Dorfplatz ausgezahlt – ohne eine Leistung dafür erbringen zu müssen. Jeder Einwohner bis 60 Jahre, ob Kleinkind oder Erwachsener, hat darauf einen Anspruch.

Allen Unkenrufen zum Trotz werden bereits nach sechs Monaten die Erwartungen des Basic Income Grant (BIG), das sich für ein Grundeinkommen in Namibia einsetzt, übertroffen. „Es hat sich eine ganze Menge verändert“, sagt BIG-Koordinatorin Claudia Haarmann. „Die Menschen kaufen sich Lebensmittel, schicken Kinder zur Schule und lassen sich ärztlich untersuchen. Teilweise machen sie sogar kleine Geschäfte auf und investieren in ihre Häuser.“

Mittlerweile beteiligen sich auch entwicklungspolitische Organisationen, die namibische Evangelische Lutherische Kirche, Gewerkschaften und Anti-Aids-Initiativen an dem zweijährigen Projekt, das aus Spenden finanziert wird. „Jeder Mensch hat ein Recht auf Leben und eine Grundsicherung“, betont BIG-Initiatorin Haarmann, „und wir können im 21. Jahrhundert nicht mehr davon ausgehen, dass sich alle durch eine Arbeit absichern können.“

Ähnlichen Argumenten begegnet man in der Grundeinkommensdebatte in Deutschland. Doch auch hier ist die Skepsis groß: Werden die Menschen noch arbeiten, wenn sie eine monatliche Auszahlung bekommen, ohne auch nur einen Finger zu rühren? Wird hierzulande über Summen von 600 bis 1.000 Euro pro Monat gestritten, geht es in Afrika um eine zweite oder dritte Mahlzeit am Tag. Deshalb wird das Grundeinkommen in der Sprache der Entwicklungshilfe auch „Social Cash Transfer“ genannt und erhebt nicht den Anspruch, die gesamte Grundversorgung zu sichern.

In Sambia startete ein Transfer-Projekt bereits 2005. Ausgewählte Familien im Bezirk Kalamo erhielten ohne jede Auflage sieben Dollar im Monat. Das Projekt endete vor wenigen Wochen, nun werden die Erfahrungen ausgewertet.

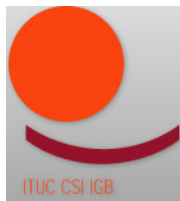
Auch wenn das Niveau des Grundeinkommens in Afrika sich erheblich von hiesigen Vorstellungen unterscheidet, greift doch dasselbe Prinzip: „Wenn man nichts hat, kann man auch nichts machen“, sagt Haarmann. Auch die Menschenrechtsorganisation Fian, die sich für das Recht auf eine angemessene Ernährung einsetzt, plädiert deshalb für einen Social Cash Transfer. Mit Haarmann ist sich Fian einig, dass ein flächendeckendes Grundeinkommen nicht von Hilfsorganisationen, sondern aus Steuern finanziert werden müsse. Nur so seien Korruption und Missbrauch zu verhindern. Deshalb kommt es nun darauf an, dass die Regierungen mitziehen. In Namibia, so Haarmann, unterstützten immerhin schon einige Abgeordnete das Vorhaben.

Grundeinkommen

In Namibia trägt ein Bündnis aus Kirchen, Gewerkschaften und Entwicklungsorganisationen das Pilotprojekt eines bedingungslosen Grundeinkommens. Die Zahlungen an die Bewohner des Dorfes Omitara werden aus Spenden finanziert.

In Deutschland, Österreich und der Schweiz veranstaltet das Netzwerk Grundeinkommen noch bis zum 21. September die „Woche des Grundeinkommens“, um mit zahlreichen Veranstaltungen für den Rechtsanspruch auf ein existenzsicherndes Einkommen zu werben. Weitere Infos unter:

<http://www.woche-des-grundeinkommens.org/>



Internationaler Gewerkschaftsbund (IGB)*

Jährliche Übersicht über die Verletzungen von Gewerkschaftsrechten: 2008

NAMIBIA

Zahlreiche Gewerkschafter haben wegen ihrer Aktivitäten ihren Arbeitsplatz verloren. Ende des Jahres wurde ein neues Arbeitsgesetz verkündet.

Gewerkschaftsrechte in der Gesetzgebung

Arbeitnehmer haben das Recht, Gewerkschaften zu gründen und beizutreten, und auch das Recht auf Tarifverhandlungen ist gesetzlich verankert. Das Streikrecht wird anerkannt, auch in FEZ, aber die Beschäftigten in wesentlichen Diensten sind davon ausgenommen.

Einschränkungen: Streiks sind nur dann in Konflikten erlaubt, wenn ganz bestimmte Arbeitnehmerinteressen wie Lohnerhöhungen auf dem Spiel stehen. Sie müssen 48 Stunden vorher angekündigt werden. Konflikte im Zusammenhang mit Arbeitnehmerrechten wie bei Entlassungen müssen zur Schlichtung an das Arbeitsgericht verwiesen werden. Die derzeit geltenden Schlichtungs- und Konfliktlösungsmechanismen sind recht schwerfällig, so dass es übermäßig viele anhängige Verfahren gibt.

Neues Arbeitsgesetz: Das neue Arbeitsgesetz wurde am 31. Dezember 2007 verkündet und sollte laut Arbeitsminister im Mai 2008 in Kraft treten. Gefängniswärter und Polizisten dürfen Gewerkschaften weder gründen noch beitreten.

Gewerkschaftsrechte in der Praxis und Rechtsverletzungen 2007

Hintergrund: Obwohl das Land politisch stabil ist und zu den reichsten Ländern des Kontinents zählt, hat es mit sozialen Herausforderungen zu kämpfen, wie etwa mit einem der größten Einkommensunterschiede der Welt und extrem armen ländlichen Gebieten sowie mit einer HIV/Aids-Epidemie, von der jeder vierte in Namibia betroffen ist.

Gewerkschaftliche Organisationsbeschränkungen:

Ablehnung durch die Arbeitgeber: Die Arbeitgeber stehen den Gewerkschaften generell weiterhin äußerst ablehnend gegenüber. Sie weigern sich, die Gewerkschaften anzuerkennen, wollen nicht, dass sie ihre Tätigkeiten in den Betrieben ausüben, und keine Tarifverträge mit ihnen aushandeln. Dieser Trend wird besonders in den Freien Exportzonen (FEZ) (siehe unten) deutlich. Am stärksten von den Verletzungen der Gewerkschaftsrechte betroffen sind Landarbeiter und Hausangestellte. Obwohl sie einen Großteil der namibischen Erwerbsbevölkerung ausmachen und unter die Arbeitsgesetzgebung fallen, werden viele von ihnen nach wie vor von den Arbeitgebern eingeschüchtert, wenn sie versuchen, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Im Dienstleistungssektor machen manche Arbeitgeber kein Hehl aus ihrer gewerkschaftsfeindlichen Haltung. So organisierten im November 63 Beschäftigte des Reinigungsunternehmens SCS einen Sitzstreik vor dem Universitätsgelände Uman in Windhoek, wo sie arbeiteten. Neben den Drohungen und Beleidigungen ihres Arbeitgebers beklagten sie auch dessen Weigerung, die Gewerkschaft anzuerkennen, die sie vor kurzem gegründet und registriert hatten. Auch der Supermarktkette Spar werden von den Gewerkschaften regelmäßig unrühmliche Praktiken in Bezug auf die Gewerkschaftsrechte vorgeworfen. Nach den Disziplinarmaßnahmen gegen streikende Mitarbeiter in einem Spar-Supermarkt 2006 wurde der Arbeitgeber von der National Union of Namibian Workers (NUNW) beschuldigt, seine Überwachungskameras für die Kontrolle der Aktivitäten der Personalvertreter verwendet zu haben.

Diskriminierung unabhängiger Gewerkschaften: Die Gewerkschaften, die nicht der regierenden SWAPO-Partei angehören, werden nach wie vor marginalisiert. Nur die Vertreter der National Union of Namibian Workers (NUNW), die der Regierungspartei angeschlossen ist, gehören den Aufsichtsgremien der Sozialversicherung und des staatlichen Rentenfonds an. Vor allem der unabhängige Gewerkschaftsbund Trade Union Congress of Namibia (TUCNA) war Opfer dieser Diskriminierung, ebenso wie die Namibische Gewerkschaft des Krankenpflegepersonals (Namibian Nurses' Union – NANU), die, obwohl sie die repräsentativste Organisation im Gesundheitssektor ist, von den Behörden nach wie vor nicht als diejenige Gewerkschaft, mit der sie verhandeln muss, anerkannt wird. Die Regierung hat mehrmals versucht, das Pflegepersonal, das Mitglied dieser Gewerkschaft ist, einzuschüchtern, und ihr Generalsekretär Abner Shopati hat Morddrohungen erhalten.

Entlassung eines Gewerkschafters im malaysischen Textilunternehmen Ramatex: Das Unternehmen Ramatex hat Ende Januar den Arbeitsvertrag von Thomas Rogelio, eines Mitarbeiters dieses malaysischen Bekleidungsunternehmens, aber vor allem eines Gewerkschaftsaktivisten der Mitgliedsorganisation der Namibian Food and Allied Workers' Union (NAFAU), nicht verlängert. Er hatte die Arbeiter bei Ramatex in endlosen Lohnverhandlungen vertreten, die im Oktober 2006 endlich erfolgreich waren, nachdem die Gewerkschaft beschlossen hatte, einen Streik zu organisieren.

Keine Verlängerung der Arbeitsverträge von Wanderarbeitern mit allzu hohen Forderungen: Im November teilte die Unternehmensleitung der Fabrik Flamingo, einer Tochtergesellschaft von Ramatex, 19 philippinischen Beschäftigten mit, dass ihre Arbeitsverträge nicht mehr verlängert und sie Ende 2007 in ihr Land zurückgeschickt werden würden. Mehrere dieser Wanderarbeiter hatten sich einen Monat zuvor wegen Beschwerden, die bei ihrem Arbeitgeber stets auf taube Ohren gestoßen waren, an den Arbeitsminister gewandt. Wie bei Thomas Ro-

gelio ging es darum, dass der malaysische Konzern Arbeiter, die allzu hohe Forderungen stellten, bestrafte und entließ.

Die Strategie von Ramatex lautet: Teile und herrsche: Der seit 2002 in Namibia ansässige Konzern Ramatex hat stark von seinem Standort in einer FEZ profitiert, während er sich durch die völlige Negierung von sozialen Belangen und seine gewerkschaftsfeindliche Haltung auszeichnete. Angaben des namibischen Forschungsinstituts Labour Resource and Research Institute zufolge bestand die Strategie von Ramatex darin, die Beschäftigten nach ihrer Staatsangehörigkeit zu trennen. Sie erhielten unterschiedliche Löhne und Vergünstigungen. Da diese Gruppen nur geringen Kontakt zueinander hatten, war eine Generalmobilisierung sehr schwierig. Die namibischen Arbeitskräfte solidarisierten sich nicht mit ihren asiatischen Kollegen und umgekehrt. Jede Protestaktion von Wanderarbeitern endete im Allgemeinen mit ihrer Ausweisung. Im Fall von 19 philippinischen Staatsangehörigen kam die Justiz ihrem Antrag nach und erlaubte es ihnen, so lange in Namibia zu bleiben, bis ihre Klage über unbezahlte Urlaubstage geprüft worden war. Aber im Laufe des Jahres verdichteten sich die Gerüchte um eine andere Art der Abwanderung, nämlich die von Ramatex, dessen Standort in Gefilde mit noch milderem Klima verlegt werden sollte.

Ein Gewerkschaftsführer und zahlreiche Gewerkschaftsmitglieder waren Zielscheibe einer Umstrukturierung im Agrar- und Lebensmittelsektor: Im Januar wurden Abel Kazondunge, der Präsident der Namibischen Gewerkschaft der Beschäftigten im Lebensmittelsektor (Namibian Food and Allied Workers' Union – NAFU), sowie mehrere Gewerkschaftsmitglieder im Zuge einer Umstrukturierung in einer der Tochtergesellschaften der Gruppe Ohlthaver & List, die hauptsächlich im Agrar- und Lebensmittelsektor tätig ist, entlassen. Nach Ansicht der Gewerkschaft, die mehrmals die mangelnde Transparenz im Umstrukturierungsprozess sowie fehlende Absprachen mit den Personalvertretern kritisiert hatte, waren ihre Mitglieder eindeutig Zielscheibe dieser Entlassungen.

Entlassung eines Gewerkschaftsführers im Bergbau: Ende Juli wurde Petrus Amakali, ein Laborant und Vorsitzender der lokalen Sektion der Bergarbeitergewerkschaft Mineworkers' Union of Namibia (MUN) vom Betreiber der Zinkmine von Rosh Pinaha wegen Ungehorsam und Gewaltanwendung entlassen. Nach Ansicht des Gewerkschafters, der diese Anschuldigung vehement von sich weist, aber auch nach Meinung von nationalen MUN-Führern und 200 streikenden Bergleuten legte es die Unternehmensleitung mit dieser Entlassung darauf an, die Gewerkschaft mundtot zu machen und die Arbeitnehmer einzuschüchtern. Der Streik endete am 8. August, nachdem sich die MUN und das Management dieser Tochtergesellschaft des südafrikanischen Konzern Exxaro auf die Wiedereinstellung des Gewerkschafters verständigt hatten.

* Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) in Brüssel wurde am 1. November 2006 gegründet und vertritt 168 Millionen Arbeitnehmer in 305 nationalen Mitgliedsorganisationen in 153 Ländern und Gebieten.

Neues Deutschland 13.02.2009

Namibia verbietet Leiharbeit

Oberster Gerichtshof weist Klagen von Leiharbeitsunternehmen ab und bestätigt neues Arbeitsrecht

Ab dem 1. März dieses Jahres gilt in Namibia: Leiharbeit ist verboten. Was bereits im neuen Arbeitsgesetz im Juli 2008 festgeschrieben wurde, hat der Obers-

te Gerichtshof kürzlich bestätigt. Die größte Leiharbeitsfirma Namibias, Africa Personnel Services (APS), hatte gegen das neue Gesetz geklagt – und verloren.

Von Haidy Damm

Das neue Gesetz stellt unter Strafe, dass »niemand gegen Entgelt eine Person anstellen darf, in der Absicht, sie einer dritten Partei als Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen«. Die Staatsanwaltschaft vertrat die Auffassung, dass Leiharbeit ein gefährliches Mittel der Ausbeutung sei, die den Arbeitern ihre Würde nehme.

APS hatte das Oberste Gericht angerufen, um feststellen zu lassen, dass das neue Gesetz das Recht auf freies Wirtschaften unterhöhle. In Namibia sind rund 16.000 Menschen als Leiharbeiter beschäftigt. Das Unternehmen APS ist das größte der Branche und hat mit rund 6.600 Mitarbeitern etwa zwei Drittel der namibischen Leiharbeiter unter Vertrag. Der Anwalt des Unternehmens, Dave Smuts, argumentierte, dass APS lediglich dem weltweiten Trend folge, die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern flexibler zu gestalten – seiner Meinung nach eine notwendige Folge eines überregulierten und unflexiblen Arbeitsmarktes. Dem folgten die drei Richter des Obersten Gerichtshof nicht.

»Nieder mit APS«, »Stoppt den Ausverkauf« – begleitet von zahlreichen gewerkschaftlichen Protesten verkündete Richter Charles Parker: »Leiharbeit ist ungesetzlich und reduziert Menschen zu persönlichem Besitz.«

Bereits seit einiger Zeit wurde das Thema Leiharbeit, die auch in Namibia zugenommen hatte, diskutiert. So war das Unternehmen APS heftig kritisiert worden, nachdem es offen damit geworben hatte, dass Firmen keinerlei arbeitsrechtliche Schwierigkeiten mehr mit ihren Angestellten haben würden, da das Entleihunternehmen sich um alles kümmere. Richter Parker konstatierte dazu, im namibischen Recht sei kein Platz für eine dritte Partei zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Leiharbeit in Namibia hat nach einer Studie des Labour Resource and Research Institute (LaRRI) besonders in den vergangenen drei Jahren zugenommen. Die Wissenschaftler belegen, dass die versprochenen Maßnahmen zur Weiterbildung nichts als leere Versprechen sind. Alle befragten Leiharbeiter verneinten, jemals eines der angekündigten Trainings angeboten bekommen zu haben. »Leiharbeit erlaubt es den entleihenden Firmen, Arbeit in eine Ware zu verwandeln, die bestellt werden kann, ohne dass der entleihende Betrieb eine soziale Verantwortung für die Arbeiterinnen und Arbeiter übernehmen muss«, konstatiert Herbert Jauch vom LaRRI. Und noch einen Vorteil besitzen den Aussagen der Manager nach die Leiharbeiter: Sie sind nicht organisiert und können als Streikbrecher eingesetzt werden.

Die Arbeitgeberorganisation »Namibian Employers' Federation« (NEF) zeigte sich erwartungsgemäß enttäuscht über die Entscheidung. »Überall auf der Welt gibt es Leiharbeitsfirmen, wichtig ist, dass deren Arbeit reguliert ist,« sagte Generalsekretär Tim Parkhouse dem »Economist«.

Freude dagegen bei den Gewerkschaften. Die Befürchtung, jetzt würden Jobs verloren gehen, teilt man hier nicht. Die meisten seien Saisonarbeiter. »Wir ermuntern die Unternehmen, die Leute jetzt wieder direkt einzustellen, denn die meisten haben schon sehr lange für die Firmen gearbeitet«, sagt Evilatus Karonda von der Gewerkschaft National Union of Namibian Workers (NUNW). Viele Arbeiter seien plötzlich über Leiharbeitsfirmen beschäftigt worden: »Ich sehe keinen Grund, warum diese Leute nicht wieder permanent dort angestellt sein können.«

Der Minister für Arbeit und Soziale Sicherheit, Immanuel Ngatjizeko, kündigte an, Leiharbeitsfirmen ab März zu verbieten. Das Ministerium hatte mit solchen Maßnahmen bis zur Entscheidung des Obersten Gerichtshofes gewartet.

Festanstellung statt Teilzeit

Meatco und NAFAU einigen sich: Fix-Verträge für Zeitarbeiter – Noch Differenzen

Nach wochenlangen Streitigkeiten zwischen dem Fleischverarbeiter Meatco und der Gewerkschaft NAFAU (Namibia Food and Allied Workers Union) ist jetzt die Zukunft von 30 bislang auf Teilzeitbasis angestellten Mitarbeitern geklärt.

Von Doro Grebe

Windhoek – Am Freitag einigten sich die beiden Seiten darauf, die Betroffenen fest anzustellen, teilte Meatco-Pressesprecherin Mary Hansen jetzt mit.

Im Zuge des Abkommens wird den Angestellten eine wöchentliche Arbeitszeit von mindestens 22,5 Stunden und damit die Hälfte einer Vollzeitstelle neun Stunden pro Tag bei fünf Tagen pro Woche) garantiert. Sollten die flexibel eingesetzten Arbeiter mehr Stunden pro Woche generieren, werde ihnen Lohn für die geleistete Arbeitszeit gezahlt.

„Diese Einigung ist bedeutend für Meatco. Es dient den Interessen der Arbeitnehmer genauso wie den Beziehungen zwischen Angestellten und Geschäftsführung. Und das ist gerade jetzt in Zeiten einer Wirtschaftskrise wichtig, die in den ersten Branchen schon Arbeitsplatzverluste mit sich gebracht hat“, wird Hansen von der Nachrichtenagentur Nampa zitiert.

Wegen fallender Produktionsmengen hatte Meatco im Jahr 2007 begonnen, auf Teilzeitbasis angestellte Mitarbeiter nur noch für die tatsächlich geleisteten Stunden zu zahlen. Vorher war der Fleischverarbeiter allerdings ein Paradies für Angestellte: Auch Teilzeitarbeiter wurden für 45 Stunden in der Woche bezahlt, selbst wenn diese gar nicht geleistet worden waren. In der Vereinbarung von 2007 waren allerdings auch Sonderzahlungen wie Wohnungszulage, Transport und Verpflegung eingeschlossen, das neue Abkommen berücksichtigt diese bislang nicht. Man habe der Gewerkschaft allerdings einen Vorschlag für die Krankenversicherung vorgelegt, die Arbeitnehmervertretung werde nun darüber beraten.

Nach Angaben von Hansen habe man sich allerdings nicht auf die Bezahlung für nicht geleistete Stunden einigen können: „NAFAU hatte gefordert, dass wir den Angestellten auch dann ein volles Gehalt zahlen, wenn sie nicht arbeiten. Das ist für uns als Unternehmen aber absolut unmöglich, da wir in diesen schweren wirtschaftlichen Zeiten händeringend versuchen, Arbeitsplätze zu sichern und gleichzeitig die Produktionskosten zu senken.“

Hansen lieferte auch Zahlen, die verdeutlichen, dass Meatco mit Problemen zu kämpfen hat: Während man im Jahr 2000 noch 142.000 Rinder geschlachtet hatte, waren es Ende 2008 nur noch 110.000. Auch unterliege das Schlachtgeschäft einer gewissen Fluktuation, so Hansen weiter. Deshalb werden seit mehr als zehn Jahren zusätzliche Kräfte für die Hochsaison zwischen Februar/März und Juli/August eingestellt.